

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 31.05.2016

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		WiA/18/2016
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus		
am Montag, 23.05.16	Sitzungsdauer 16:30 bis 18:15 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Kurt Winterboer
Hans-Dieter Beck
Diether Liedtke
Wolfgang Nieß
Meinrad-Maria Rohde
Christina-Johanne Schröder
Jürgen Sprickerhof
Daniel Stellmann
Birgitt von Thülen
Christoph Muth

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
stellv. Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Jens Harders

Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder

Sven Janßen

Vertr. Kreisbehindertenbeirat

von der Verwaltung

Ulla Bernhold
Thomas Brückmann
Hans Kemmeries
Ingrid Miodek
Matthias Sturm

Leiterin Ref. 16 - Gleichstellungsbeauftragte
Landrat
Erster Kreisrat
Referat 90
FD 91 - Büro des Landrats, Protokollführung

Gäste

Dieter Kohlmann
Ralph Obalski
Dragos Pancescu
Jens Wrede

Kreistagsabgeordneter
Wirtschaftsförderung Wesermarsch
Kreistagsabgeordneter
GF Wirtschaftsförderung Wesermarsch

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Manfred Wolf

Ausschussmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht der Wirtschaftsförderung
Vorlage: 2016/FD91/132
- 6 Förderung der Elektromobilität - Antrag der UW
Vorlage: 2016/FD91/133
- 7 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum landkreisweiten Breitbandausbau
Vorlage: 2016/Ref90/002
- 8 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit beim NGA-Breitbandausbau mit Nachbar-Landkreisen
Vorlage: 2016/Ref90/003
- 9 Zuwendung des Landes Niedersachsen zur Förderung der Breitbandversorgung
Vorlage: 2016/Ref90/004
- 10 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls
----------	----------------------------

Das Protokoll über die Sitzung vom 02.03.2016 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

- keine Wortmeldungen -

5	Bericht der Wirtschaftsförderung Vorlage: 2016/FD91/132
----------	--

Herr Wrede weist auf die Ausführungen in der Einladung (Anlage zum Tagesordnungspunkt) hin. Sodann berichtet Herr Obalski aus seinem Arbeitsbereich mit den Schwerpunkten Unternehmensberatung und Ansiedlungsanfragen. Themen im Rahmen von Einzelanfragen aus Bürgermeisterrunden, der Kreishandwerkerschaften (alle Innungen wurden besucht) sind u.a. Investitionsförderung, Kooperation Schule und Betrieb, Breitbandausbau, Mobilität, Bürokratieabbau daneben die Fördermittelberatung sowie Veranstaltungen zum Thema Mindestlohn, Flüchtlinge in Arbeit, ein Kreativworkshop sowie die Reihe „Erfolgreich am Markt“. Außerdem gibt es Arbeitsgruppen mit speziellen Themen, wie z. B. der Personalleiterkreis mit dem Augenmerk auf Personalgewinnung. Weiterer Schwerpunkt sei das Standortmarketing unter dem Aspekt Arbeiten und Wohnen sowie in der Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen Fragen zur (E-) Mobilität.

Bei dem Thema Ansiedlung von Unternehmen fungiere die Wirtschaftsförderung als Dienstleister, stelle Kontakt mit Kommunen her etc. Für die Zukunft sei eine aktivere Aufstellung nach außen geplant in Kooperation mit den Kommunen und Förderungen aus Bund und Land.

Auf Nachfrage der Abg. Schröder zur Verstetigung der Stelle für Frauenförderung („Frau und Wirtschaft“) erläutert Herr Wrede, dass mit dieser Stelle ein positives Klima geschaffen werden solle. Es bleibe abzuwarten, ob ein direkter, statistisch signifikanter Erfolg bei der Frauenbeschäftigung erreicht werden könne. Auch seien Fördermittel gewünscht, weil dies keine dauerhaft von der Wifö leistbare Aufgabe sei.

Frau Bernhold ergänzt, dass es sich um eine Koordinierungsstelle handele. Evaluiert werden könne die Verweildauer von Frauen am neuen Arbeitsplatz. Die Frauenerwerbsquote werde sich in diesem Segment eher nicht signifikant verändern.

Der Bericht der Wirtschaftsförderung Wesermarsch wird zur Kenntnis genommen.

6	Förderung der Elektromobilität - Antrag der UW Vorlage: 2016/FD91/133
----------	--

Frau von Thülen erläutert den Antrag und weist auf einen aus Ihrer Sicht Bedarf zum sofortigen handeln hin. Eine grobe Kostenschätzung, Planung und Abstimmung können jetzt bereits starten. Der Landkreis solle beim Aufbau der E-Mobil-Infrastruktur mit gutem Beispiel voran gehen.

Landrat Thomas Brückmann weist darauf hin, dass das Thema bereits bei der Wirtschaftsförderung anhängig sei. Die Fördermöglichkeiten zu dem erst seit dem 18.Mai bekannt geworden Programm seien noch nicht bekannt, somit auch nicht die Frage einer Co-Finanzierung. Die Einrichtung eines weiteren Arbeitskreises sei derzeit nicht sinnvoll.

Die Abg. Schröder regt an, das Thema in der nächsten Bürgermeisterrunde zu behandeln, da wohl nur Kommunen antragsberechtigt seien.

Herr Wrede weist seinerseits auf das Nemo-Projekt der Uni Oldenburg hin, das ebenfalls das Thema Mobilitätskonzepte zum Inhalt habe, außerdem auf das vom Landkreis betriebene BMVI-Projekt zur Mobilität im ländlichen Raum. Insgesamt sei das Thema (E-)Mobilität so groß, dass man zunächst die Aufgabenverteilung festlegen müsse.

Der Abg. Beck merkt an, dass E-Mobilität nicht Aufgaben des Staates sei, die Politik können zwar begleitend aktiv werden, der Landkreis dürfe jedoch nicht als Unternehmer auftreten.

Landrat Thomas Brückmann verweist nochmals darauf, dass der Landkreis keine eigene Fläche besitze, eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen daher sinnvoll sei. Im Nächsten Ausschuss werde man erneut berichten.

Das Thema wird ohne weitere Beschlussempfehlung dem Kreisausschuss vorgelegt.

7	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum landkreisweiten Breitbandausbau Vorlage: 2016/Ref90/002
----------	---

Frau Miodek erläutert Sinn und Zweck der angestrebten Kooperationsvereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen. Die Kommunen müssten den Landkreis beauftragen, u. a. für die Beantragung von Fördermitteln. Drei Kommunen hätten der Kooperationsvereinbarung bereits durch Beschlüsse zugestimmt.

Der Abg. Pancescu sieht die Formulierung zu Punkte 3 der Vereinbarung (Ausbauvarianten) eher kritisch, weil die Nennung des Vectoring-Verfahrens der Dt. Telekom eher zugute käme und die EWE ggf. benachteilige.

Nach Auffassung von Frau Miodek sei das Vectoring-Verfahren ohnehin eine Übergangslösung, Ziel sei die Glasfaseranbindung der Haushalte bis in das Gebäude (FTTB). Die zu erstellende Netzstrukturplanung werde die Varianten mit den dazu entstehenden Kosten darstellen. Der Kostenunterschied zwischen FTTC (Glasfaseranbindung bis zum Kabelverzweiger in der Straße) und FTTB betrage rd. 72 %.

Das Markterkundungsverfahren wird darstellen, wo die TK-Unternehmen in den nächsten 3 Jahren eine breitbandige Infrastruktur planen würden. Diese Bereiche dürfe der Landkreis nicht beplanen.

Landrat Thomas Brückmann weist darauf hin, dass mit dem Abschluss der Kooperationsvereinbarung keine Festlegung auf ein Erschließungs-Verfahren erfolge. Bei einer 98 %-igen Versorgung mittels FTTC-Verfahren entstünden Gesamtkosten von rd. 3. Mio Euro für die Wesermarsch. Eine Lösung mittels FTTB sei deutlich teurer. Der Landrat lobt die gute Arbeit von Frau Miodek.

Auf Hinweis des Abg. Pancescu erläutert Frau Miodek, dass mit dem Beschluss zunächst nur über die Kooperationsvereinbarung abgestimmt werden, erst später, wenn die Kosten pro Kommunen bekannt sei, könne die Verteilung der Kostenanteile erfolgen. Eine denkbare und in anderen Gebieten durchgeführte Verteilung der Kosten auf die Kommunen entfallenden Anteils mit 50% Kommunen und 50 % Landkreis habe sich bewährt. Auf jeden Fall müsse der Förder-Antrag bis zum 15.10.2016 gestellt werden.

Die Abg. Brußen schlägt vor, die Formulierung zu § 2 der Vereinbarung von „mitwirken“ auf „zustimmen“ zu ändern.

Die Verwaltung weist nochmals darauf hin, dass Änderungswünsche der Kommunen beachtet werden und alles in enger Abstimmung mit diesen erfolge.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Kooperationsvereinbarung wird zugestimmt.

Der Landkreis Wesermarsch übernimmt **im Auftrag** der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Konzeption, Planung und Maßnahmeträgerschaft, koordiniert die weiteren Ausschreibungs- bzw. Interessenbekundungsverfahren und beantragt Fördermittel.

8	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit beim NGA-Breitbandausbau mit Nachbar-Landkreisen Vorlage: 2016/Ref90/003
----------	--

Auf Nachfrage der Abg. Brunßen bestätigt Frau Miodek, dass die Vereinbarung mit allen Kooperations-Landkreisen identisch ist.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Kooperationsvereinbarung mit den Nachbar-Landkreisen Friesland, Ammerland, Oldenburg wird zugestimmt.

9	Zuwendung des Landes Niedersachsen zur Förderung der Breitbandversorgung Vorlage: 2016/Ref90/004
----------	---

Frau Miodek berichtet, dass der Zuschlag an den wirtschaftlichsten Anbieter erfolgt ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

10	Verschiedenes
-----------	---------------

Auf Hinweis des Abg. Pancescu, dass das Bürgerbeteiligungsverfahren „Liquid Friesland“ im Landkreis Friesland gestoppt wurde, weist Landrat Thomas Brückmann darauf hin, dass die Verwaltung dieses Thema im neuen Kreistag selbständig wieder aufgreifen werde.

Nach Auffassung der Abg. Schröder solle die Bürgerbeteiligung stärker in der Hauptsatzung verankert werden.

Winterboer
Ausschussvorsitz

Sturm
Protokollführung